VHG Verwertungsgesellschaft für die Hersteller von Games mbH, Berlin

Transparenzbericht für das Geschäftsjahr 2024

VHG – Verwertungsgesellschaft für die Hersteller von Games mbH
Friedrichstraße 165 · 10117 Berlin
Telefon +49 30 166348371
info@v-hg.org · www.v-hg.org
Ansprechpartner Prof. Dr. Christian-Henner Hentsch

VHG

Inhaltsverzeichnis

			Seite
A.	**Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2024**		**3**
I.	Bilanz	3	
II.	Gewinn- und Verlustrechnung	5	
III.	Kapitalflussrechnung	6	
IV.	Anhang	7	
B.	**Bericht über die Tätigkeiten im Geschäftsjahr 2024 (Lagebericht)**		**12**
C.	**Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers**		**15**
D.	**Auftragsbedingungen, Haftung und Verwendungsvorbehalt des Abschlussprüfers**		**19**
E.	**Angaben zu abgelehnten Anfragen von Nutzern die Einräumung von Nutzungsrechten betreffend**		**20**
F.	**Rechtsform und Organisationsstruktur**		**21**
I.	Rechtliche Grundlagen	21	
II.	Organe der Gesellschaft	22	
III.	Berechtigte	24	
IV.	Organisation der Gesellschaft	25	
G.	**Abhängige Verwertungseinrichtungen**		**26**
H.	**Vergütung der Organe**		**26**
I.	**Finanzinformationen**		**26**
I.	Einnahmen aus der Rechtewahrnehmung	26	
II.	Kosten der Rechtewahrnehmung	26	
III.	Den Berechtigten zustehende Beträge	26	
IV.	Beziehung zu anderen Verwertungsgesellschaften	27	
J.	**Förderung sozialer und kultureller Zwecke**		**27**

A. Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2024

I. Bilanz

AKTIVA	EUR 31.12.2024		EUR 31.12.2023
A. ANLAGEVERMÖGEN			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
- Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		105.866,00	110.084,00
II. Sachanlagen			
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3,00		541,00
		3,00	541,00
		105.869,00	110.625,00
B. UMLAUFVERMÖGEN			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
- Sonstige Vermögensgegenstände	315.440,53		120.011,22
		315.440,53	120.011,22
II. Schecks, Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten		297.583,89	164.907,59
		613.024,42	284.918,81
		718.893,42	395.543,81

P A S S I V A	EUR 31.12.2024		EUR 31.12.2023
A. EIGENKAPITAL			
I. Gezeichnetes Kapital		25.000,00	25.000,00
II. Jahresüberschuss		0,00	0,00
		25.000,00	25.000,00
B. RÜCKSTELLUNGEN			
1. Steuerrückstellungen	6,38		1,05
2. Sonstige Rückstellungen	14.955,85		10.283,85
		14.962,23	10.284,90
C. VERBINDLICHKEITEN			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	146,79		1.072,92
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 146,79 (i.Vj.: EUR 1.072,92)			
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	677.229,16		358.895,83
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 0,00 (i.Vj.: EUR 0,00)			
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 677.229,16 (i.Vj.: EUR 358.895,83)			
3. Sonstige Verbindlichkeiten	1.555,24		290,16
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 293,12 (i.Vj.: EUR 290,16)			
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 1.555,24 (i.Vj.: EUR 290,16)			
		678.931,19	360.258,91
		718.893,42	395.543,81

II. Gewinn- und Verlustrechnung

VHG - Verwertungsgesellschaft für die Hersteller von Games mbH, Berlin
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom
1. Januar bis 31. Dezember 2024

	2024 EUR		2023 EUR
1. Sonstige betriebliche Erträge		203.168,54	112.071,98
2. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-52.008,00		-33.371,80
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-7.721,13		-2.896,24
		-59.729,13	-36.268,04
3. Abschreibungen			
- Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-28.758,52	-4.554,79
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-96.329,73	-62.352,27
5. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-18.344,83	-8.895,83
6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-6,33	-1,05
7. Ergebnis nach Steuern		0,00	0,00
8. Sonstige Steuern		0,00	0,00
9. Jahresüberschuss		**0,00**	**0,00**

III. Kapitalflussrechnung

VHG - Verwertungsgesellschaft für die Hersteller von Games mbH, Berlin
Kapitalflussrechnung für die Zeit vom
1. Januar bis 31. Dezember 2024

	2024 EUR
A. Laufende Geschäftstätigkeit	
Periodenergebnis	0,00
Abschreibungen (+) auf Gegenstände des Anlagevermögens	28.758,52
Zunahme (+) der Rückstellungen	4.672,00
Zunahme (-) anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-195.429,31
Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-926,13
Zunahme (+) anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.265,08
Zinsaufwand (+)	18.333,33
Ertragsteueraufwand (+)	6,33
Ertragsteuerzahlung (-)	-1,00
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-143.321,18
B. Investitionstätigkeit	
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen (-)	-23.400,00
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen (-)	-602,52
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-24.002,52
C. Finanzierungstätigkeit	
Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten (+)	300.000,00
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	300.000,00
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit)	132.676,30
Finanzmittelfonds am Anfang des Rumpfgeschäftsjahrs	164.907,59
Finanzmittelfonds am Ende des Rumpfgeschäftsjahrs	297.583,89
Zusammensetzung des Finanzmittelfonds	
Schecks, Kassenbestand und (kurzfristige) Guthaben bei Kreditinstituten	297.583,89

IV. Anhang

Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften der §§ 242 ff. HGB unter der Beachtung der ergänzenden Bestimmungen für große Kapitalgesellschaften aufgestellt. Daneben waren die Vorschriften des GmbHG sowie des VGG zu beachten.

Nach § 57 Abs. 1 VGG hat die Gesellschaft den Jahresabschluss nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Bestimmungen des HGB aufzustellen und um eine Kapitalflussrechnung zu erweitern.

Angaben zur Identifikation der Gesellschaft laut Registergericht

Firmenname laut Registergericht:
VHG - Verwertungsgesellschaft für die Hersteller von Games mbH

Firmensitz laut Registergericht: Berlin
Registereintrag: Handelsregister
Registergericht: Berlin (Charlottenburg)
Register-Nr.: 253793

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze
Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit ausgegangen.

Erworbene immaterielle Anlagewerte wurden zu Anschaffungskosten angesetzt und, sofern sie der Abnutzung unterlagen, um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Die planmäßigen Abschreibungen wurden nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände linear und degressiv vorgenommen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden mit dem Nennwert angesetzt und unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken, unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips, bewertet.

Die sonstigen Rückstellungen wurden für alle weiteren ungewissen Verbindlichkeiten gebildet. Dabei wurden alle erkennbaren Risiken berücksichtigt.

Verbindlichkeiten wurden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Gegenüber dem Vorjahr abweichende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Beim Jahresabschluss konnten die bisher angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Wesentlichen übernommen werden.

Ein grundlegender Wechsel von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gegenüber dem Vorjahr fand nicht statt.

Angaben zur Bilanz

Anlagespiegel für die einzelnen Posten des Anlagevermögens
Die Geschäftsjahresabschreibung je Posten der Bilanz ist aus dem als Anlage beigefügten Anlagenspiegel zu entnehmen.

Sonstige Vermögensgegenstände
In den Sonstigen Vermögensgegenständen sind größere Beträge enthalten, die erst nach dem Bilanzstichtag rechtlich entstehen. Dabei handelt es sich um Beträge, die erst nach dem Bilanzstichtag zu Einnahmen führen, aber zum Zweck der periodengerechten Gewinnermittlung bereits zum Bilanzstichtag als Einnahmen erfasst wurden.

Im Einzelnen waren folgende antizipative Sachverhalte zu berücksichtigen:
Die Berechtigten werden aufgrund Beschluss der Gesellschafter- und Delegiertenversammlung vom 30.04.2024 nach Durchlauf der Gründungsphase der Gesellschaft (Zeitraum von Gründung bis zum Abschluss der ersten Auszahlungsphase) die angefallenen Kosten derselbigen mittels Kostenbeteiligung übernehmen. Das Ergebnis der Gesellschaft beläuft sich daher auf 0,00 EUR.

Ein Einbehalt der Kosten der Gründungsphase von den künftigen Ausschüttungen ist rechtlich nicht möglich.

Angaben zum Stammkapital

Das Stammkapital beträgt 25.000,00 EUR und ist vollständig eingezahlt.

Angaben und Erläuterungen zu Rückstellungen

Im Posten sonstige Rückstellungen sind die nachfolgenden nicht unerheblichen Rückstellungsarten enthalten.

Die Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen die voraussichtlichen Aufwendungen für die Erstellung von Jahresabschluss und Steuererklärungen des Berichtsjahres sowie die Kosten der Abschlussprüfung.

Angaben zu Verbindlichkeiten

Der Betrag der Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr beträgt 1.702,03 EUR (Vorjahr: 1.363,08 EUR).

Der Betrag der Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bis fünf Jahre beträgt 677.229,16 EUR (Vorjahr: 358.895,83 EUR).

Der Gesamtbetrag der bilanzierten Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren beträgt 0,00 EUR.

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter betragen 677.229,16 EUR (Vorjahr: 358.895,83 EUR).

Sonstige finanzielle Verpflichtungen gemäß § 285 Nr. 3a HGB

Neben den in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten bestehen folgende finanzielle Verpflichtungen:

	bis 1 Jahr	**1 bis 5 Jahre**	**größer 5 Jahre**
	Betrag in EUR	**Betrag in EUR**	**Betrag in EUR**
Mietzahlungen	12.000,00	4.000,00	0,00

Dabei handelt es sich in Höhe von 16.000,00 € um Verpflichtungen gegenüber Gesellschafter.

VHG

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Außerplanmäßige Abschreibungen auf das Anlagevermögen

Auf Gegenstände des Anlagevermögens wurden keine außerplanmäßigen Abschreibungen vorgenommen.

Sonstige Angaben

Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahrs beschäftigten Arbeitnehmer

Die nachfolgenden Arbeitnehmergruppen waren während des Geschäftsjahres im Unternehmen beschäftigt:

Arbeitnehmergruppen	**Zahl**
Arbeiter	0,00
Angestellte	0,00
leitende Angestellte	1,00

Die Gesamtzahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer beträgt damit 1,00

vollzeitbeschäftigte Mitarbeiter	0,00
teilzeitbeschäftigte Mitarbeiter	1,00

Während des abgelaufenen Geschäftsjahrs wurden die Geschäfte des Unternehmens durch folgende Personen geführt:

Erster Geschäftsführer: Christian-Henner Hentsch ausgeübter Beruf: Jurist

Vergütung des Geschäftsführers

Von dem Wahlrecht gemäß § 286 Abs. 4 HGB wird Gebrauch gemacht.

Honorar des Abschlussprüfers

Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar beträgt 9.000 EUR und gliedert sich wie folgt:

Honorar des Abschlussprüfers	**EUR**
a) Abschlussprüfungsleistungen	9.000,00
b) andere Bestätigungsleistungen	0,00
c) Steuerberatungsleistung	0,00
d) sonstige Leistungen	0,00

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres nicht ergeben.

Dr. Christian-Henner Hentsch

(Geschäftsführer)

Berlin, 31. März 2025

B. Bericht über die Tätigkeiten im Geschäftsjahr 2024 (Lagebericht)

1. Grundlagen der Gesellschaft

Die VHG – Verwertungsgesellschaft für die Hersteller von Games bmH (VHG) wurde am 11.05.2023 gegründet. Die Tätigkeit als Verwertungsgesellschaft ist nach § 77 des Gesetzes über die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten durch Verwertungsgesellschaften (Verwertungsgesellschaftengesetz, VGG) erlaubnispflichtig. Die Erlaubnis wurde am 05.07.2023 beantragt und lag beim Abschluss des Geschäftsjahres noch nicht vor. Ziel ist es, für die Hersteller von Games die Privatkopievergütung bei der ZPÜ geltend zu machen.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Berechtigte

Die VHG hat zum 31.12.2024 Wahrnehmungsverträge mit 79 Herstellern von Games geschlossen.

2.2. Wahrnehmungsverträge

Der Wahrnehmungsvertrag wurde in der Gesellschafter- und Delegiertenversammlung am 14.06.2023 beschlossen und nach Hinweis der Aufsicht durch Beschluss der Gesellschafter- und Delegiertenversammlung am 26.11.2024 abgeändert.

2.3. Wahrnehmung

Verhandlungen wurden angesichts der ausstehenden Erlaubnis durch das DPMA noch nicht geführt.

2.4. Tarife und Verteilungspläne

Ein Verteilungsplan wurde nach Abstimmung mit der Aufsicht von Gesellschafter- und Delegiertenversammlung am 26.11.2024 beschlossen. Tarife wurden noch nicht aufgestellt.

3. Wirtschaftliche Entwicklung

Die Geschäftsentwicklung ist abhängig von den Einnahmen der ZPÜ für die Privatkopievergütung und dem Anteil der von der VHG repräsentierten Herstellern von Games an dieser Vergütung. Dieser Anteil muss

erst noch auf der Grundlage empirischer Erhebungen verhandelt werden. Erste Erlöse sind also erst nach der Zulassung und den dann folgenden Verhandlungen mit der ZPÜ zu erwarten.

3.1. Ertragslage

Die VHG hat im Geschäftsjahr 2024 keine Erlöse erzielt. Im Geschäftsjahr 2024 sind zunächst nur Aufwendungen entstanden. Zur Deckung der Kosten der Gründungs- und Anlaufphase der Gesellschaft wird nach der ersten Auszahlungsphase eine Umlage von den Berechtigten erhoben werden. Die Aufwendungen des Geschäftsjahres 2024 wurden daher per Einstellung einer Forderung gegen die Berechtigten neutralisiert. Das Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung lautet daher auf 0,00 EUR und entspricht damit den Vorgaben der satzungsmäßig und gesetzlich vorgegebenen fehlenden Gewinnerzielungsabsicht.

3.2. Vermögenslage

Der Gesellschafter hat der VHG neben der Einlage ein Gesellschafterdarlehen iHv 350T EURO sowie im Geschäftsjahr 2024 ein weiteres Gesellschafterdarlehen iHv 300T EURO zur Verfügung gestellt, um die Anlaufphase bis zur ersten Ausschüttung zu überbrücken. Das Darlehen soll nach der ersten Ausschüttung schrittweise zurückgezahlt werden. Zum Bilanzstichtag sind noch ausreichend liquide Mittel vorhanden, um den Fortgang der Anlaufphase zu finanzieren. Der Gesellschafter hat darüber hinaus weitere Darlehensmittel in Aussicht gestellt. Die Vermögenslage ist daher stabil.

3.3. Finanzlage

Angesichts der noch nicht zu erzielten Einnahmen wurde bislang kein Beschluss über die Verwaltungskosten getroffen. Insgesamt sind der Gesellschaft im Jahr 2024 Aufwendungen in Höhe von 203.168,54 EUR entstanden.

3.4. Gesamtaussage

Die Geschäftsführung bewertet die Geschäftsentwicklung als stabil. Die Ausgaben sind bislang weit unter dem geplanten Budget geblieben und die Überbrückungszeiten bis zum Start der Verhandlungen waren eingeplant.

4. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

a) Voraussichtliche Entwicklung und Chancen des Unternehmens

Da die aus der Wahrnehmung der Herstellerrechte erzielten Einnahmen sowie sonstige Einnahmen nach Abzug der Verwaltungskosten an die Berechtigten ausgeschüttet werden, wird die Gesellschaft regelmäßig

ein Jahresergebnis von 0 EURO ausweisen. Sobald die Erlaubnis durch das DPMA vorliegt, wird die VHG Verhandlungen über eine Beteiligung an der Privatkopievergütung führen. Mit der ersten (regelmäßigen) Ausschüttung werden die berechtigten Games-Hersteller erstmals daran partizipieren. Es steht zu erwarten, dass sich dann weitere Berechtigte der VHG anschließen werden. Dadurch werden zwar die Verwaltungskosten steigen, gleichzeitig stehen dann aber auch regelmäßige Einnahmen zur Deckung der Verwaltungskosten zur Verfügung.

b) Risikobericht

- Bestandsgefährdende Risiken sind zurzeit nicht erkennbar. Generell ist die Geschäftsführung bestrebt, etwaige Risiken auf ein erträgliches Maß zu begrenzen. Hierzu werden insbesondere vertragliche Gestaltungen und der Abschluss von Versicherungen genutzt.

Ein grundsätzliches Risiko für die Gesellschaft könnte sich aus einer möglichen Ablehnung der Erlaubnis ergeben. Dies ist bislang aber nicht zu erwarten.

- Da die Gesellschaft noch keine Einnahmen generiert, ist auch kein treuhänderisches Finanzmanagement für Berechtigte erforderlich. Die Liquiditätslage ist stabil, es sind keine Engpässe zu erwarten.

c) Prognosebericht

Sobald die Zulassung erfolgt ist und die Verhandlungen mit der ZPÜ zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht sind, gibt es jährliche Zahlungen für die Privatkopievergütung. Die Verteilungssumme wird jedenfalls konstant ausfallen, perspektivisch möglicherweise sogar steigen. Zudem können weitere Vergütungsansprüche wahrgenommen werden. Auch eine Tätigkeit für die Berechtigten im EU-Ausland wäre denkbar.
Die Verwaltungskosten werden – auch vor dem Hintergrund allgemeiner Kostensteigerungen – moderat ansteigen. Es sind für 2025 keine signifikanten Änderungen der Mitarbeiterzahl geplant.
Die Finanzierung der Gesellschaft wird, in bewährter Weise, nach gründlicher Beratung mit unserem Gesellschafter und unserer Hausbank, erfolgen. Investitionen werden abhängig von den Anforderungen des Geschäftes im notwendigen Umfang erfolgen. Elementare Investitionen sind zurzeit nicht geplant.

Berlin, den 31. März 2025

Dr. Christian-Henner Hentsch
(Geschäftsführer)

C. Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die VHG – Verwertungsgesellschaft für die Hersteller von Games mbH, Berlin

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der VHG – Verwertungsgesellschaft für die Hersteller von Games mbH, Berlin – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024, der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024, dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie der Kapitalflussrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der VHG – Verwertungsgesellschaft für die Hersteller von Games mbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 S.1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze

ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben.

Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt.

Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob

der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;

- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben;

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so

darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt;

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft;

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrundeliegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches, unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Düsseldorf, den 6. Mai 2025

Delta Treuhand Jansen & Eckhardt GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

_____
Thorsten Jansen
- Wirtschaftsprüfer -

D. Auftragsbedingungen, Haftung und Verwendungsvorbehalt des Abschlussprüfers

Der Tätigkeit der Delta Treuhand Jansen & Eckhardt GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ("Delta Treuhand GmbH") liegt das Auftragsbestätigungsschreiben zur Prüfung der vorliegenden Rechnungslegung einschließlich der „Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften" in der vom Institut der Wirtschaftsprüfer herausgegebenen Fassung vom 1. Januar 2024 zugrunde.

Klarstellend weist die Delta Treuhand GmbH darauf hin, dass sie Dritten gegenüber keiner Verantwortung, Haftung oder anderweitige Pflichten übernimmt, es sei denn, dass die Delta Treuhand GmbH mit dem Dritten eine anderslautende, schriftliche Vereinbarung geschlossen hätte oder ein solcher Haftungsausschluss unwirksam wäre.

Die Delta Treuhand GmbH weist ausdrücklich darauf hin, dass sie keine Aktualisierung des Bestätigungsvermerks hinsichtlich seiner Erteilung eintretender Ereignisse oder Umstände vornimmt, sofern hierzu keine rechtliche Verpflichtung besteht.

Wer auch immer das in dem von der Delta Treuhand GmbH erteilten Bestätigungsvermerk zusammengefasste Ergebnis der Tätigkeit der Delta Treuhand GmbH zur Kenntnis nimmt, hat eigenverantwortlich zu entscheiden, ob und in welcher Form er dieses Ergebnis für seine Zwecke nützlich und tauglich erachtet und durch eigene Untersuchungshandlungen erweitert, verifiziert oder aktualisiert.

E. Angaben zu abgelehnten Anfragen von Nutzern die Einräumung von Nutzungsrechten betreffend

Die VHG wurde am 11. Mai 2023 gegründet. Die Tätigkeit als Verwertungsgesellschaft ist nach § 77 des Gesetzes über die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten durch Verwertungsgesellschaften (Verwertungsgesellschaftengesetz, VGG) erlaubnispflichtig. Die Erlaubnis wurde am 5. Juli 2023 beantragt und lag bis zur Erstellung des Transparenzberichtes noch nicht vor.

Im Geschäftsjahr wurden mithin keine Anfragen von Nutzern die Einräumung von Nutzungsrechten betreffend abgelehnt.

F. Rechtsform und Organisationsstruktur

I. Rechtliche Grundlagen

Gründung:	Die Gesellschaft besteht in der Rechtsform einer GmbH seit dem 11.05.2023. Die Erlaubnis nach § 77 VGG wurde am 05.07.2023 beantragt.
Satzung:	11.05.2023
Sitz:	Berlin
Gegenstand der Gesellschaft:	Treuhänderische Wahrnehmung von gesetzlichen Vergütungsansprüchen für Inhaber eigener oder erworbener verwandter Schutzrechte im Bereich der Computer- und Videospiele („Games“) im Umfang der von ihr aufgrund beschlossener Wahrnehmungsverträge von ihren Berechtigten und Dritten durch uni- oder bilaterale Verträge zur Verwertung übertragenen Rechte.
Geschäftsjahr:	Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr
Stammkapital:	EUR 25.000,00; Das Stammkapital ist voll eingezahlt.

Mitglied:

Name	EUR	%
game - Verband der deutschen Games-Branche e.V.	25.000	100,0

Handelsregister:	Berlin Amtsgericht Berlin (Charlottenburg) HRB 253793; letzter Auszug vom 10.04.2025
Größe der Gesellschaft:	Die Gesellschaft gilt als große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 (3) HGB. Nach § 57 (1) VGG sind von Verwertungsgesellschaften die für große Kapitalgesellschaften geltenden Bestimmungen anzuwenden.

II. Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Im Geschäftsjahr oblag die Geschäftsführung folgender Person:

- Dr. Christian-Henner Hentsch, Berlin

Der Geschäftsführer Dr. Christian-Henner Hentsch ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Gesellschafter- und Delegiertenversammlung:

Die Befugnisse der Gesellschafter- und Delegiertenversammlung ist in § 9 der Satzung geregelt. In der Gesellschafter- und Delegiertenversammlung waren im Berichtszeitraum die nachfolgenden stimmberechtigten Vertreter:

- Felix Falk
- Stefanie Mach
- Ralph Wirsing
- Volker Rieck
- Thomas Fischer

In der Gesellschafter- und Delegiertenversammlung vom 30.04.2024 in Berlin wurde folgender Beschluss der Gesellschafter und Delegierten einstimmig gefasst:

1. Beschluss einer Sonderumlage unter den Berechtigten:

   Die Gesellschaft durchläuft eine längere Gründungsphase, beginnend mit der tatsächlichen Gründung, fortgeführt über die Aufstellung von Kosten- und Verteilungsplänen sowie der Beantragung der Zulassung beim DPMA bis hin zur ersten regulären Auszahlungsphase. Die in dieser Gründungsphase entstehenden Aufwendungen dürfen rechtlich nicht von den künftigen Auszahlungen einbehalten werden. Um den Aufbau der Gesellschaft nachhaltig und gemeinschaftlich im Interesse aller Berechtigten zu finanzieren, beschließt die Gesellschafter- und Delegiertenversammlung die Erhebung einer Sonderumlage von allen Berechtigten.

   Die Gesamthöhe der Sonderumlage wird nach Abschluss der Gründungsphase auf Grundlage einer

künftigen Stichtagsbilanz exakt ermittelt und nach einem dem wirtschaftlichen Interesse der Berechtigten entsprechenden Verteilungsschlüssel getragen. Der Abschluss der Gründungsphase wird mit dem Stichtag des Beginns der ersten regulären Auszahlungsphase festgelegt.

Die Geschäftsführung der Gesellschaft wird die Sonderumlage zu gegebener Zeit bei den Berechtigten mittels Schreiben anfordern. Eines neuerlichen Beschlusses der Gesellschafter- und Delegierten-versammlung bedarf es nicht.

In der Gesellschafter- und Delegiertenversammlung vom 31.07.2024 (im Umlaufverfahren) wurden folgende Beschlüsse gefasst:

1. Der Jahresabschluss für das Rumpfgeschäftsjahr 2023 wird unverändert festgestellt.

2. Der Transparenzbericht für das Rumpfgeschäftsjahr 2023 wird unverändert festgestellt.

3. Der Geschäftsführung wird für das Rumpfgeschäftsjahr 2023 Entlastung erteilt.

In der Gesellschafter- und Delegiertenversammlung vom 26.11.2024 (per Videokonferenz) wurden folgende Beschlüsse der Gesellschafter und Delegierten einstimmig gefasst:

1. Beschluss einer Satzungsänderung auf Hinweis des DPMA:

   Auf Hinweis des DPMA wird ein Redaktionsversehen in der Satzung korrigiert.

2. Beschluss einer Änderung des Wahrnehmungsvertrages auf Hinweis des DPMA:

   Auf Hinweis des DPMA werden im Wahrnehmungsvertrag die nicht-anklickbaren Kategorien für Speichermedien, für die Privatvergütungsansprüche geltend gemacht werden sollen, gestrichen.

3. Beschluss des Verteilungsplans:

   Der Verteilungsplan wird einstimmig beschlossen.

4. Budget 2025 und Beschluss zum Abruf des 2. Gesellschafterdarlehens:

Das Budget für das Geschäftsjahr 2025 wird einstimmig beschlossen.

Weiterhin wird einstimmig beschlossen, das zweite Gesellschafterdarlehen in Höhe von 300.000 Euro abzurufen.

Beirat:

Die Gesellschaft hat einen Beirat, der das Aufsichtsgremium nach § 22 VGG bildet und aus insgesamt fünf Mitgliedern besteht. Die § 52 GmbHG und die aktienrechtlichen Vorschriften über den Beirat finden, soweit gesetzlich zulässig, auf den Beirat der VHG keine Anwendung.

Im Geschäftsjahr waren nachfolgende Personen Mitglieder des Beirats:

- Linda Kruse
- Clemens Mayer-Wegelin
- Julia Pfiffer
- Mathias Reichert
- Dr. Martin Sester

III. Berechtigte

Berechtigter ist nach § 6 (4) der Satzung jeder Rechteinhaber (§ 5 VGG) im Gegenstandsbereich der Gesellschaft, der mit der Gesellschaft einen Wahrnehmungsvertrag geschlossen hat.

Die VHG hat zum 31.12.2024 Wahrnehmungsverträge mit 79 Herstellern von Games geschlossen. Der zugrundeliegende Wahrnehmungsvertrag wurde in der Gesellschafter- und Delegiertenversammlung am 14.06.2023 beschlossen und nach Hinweis der Aufsicht durch Beschluss der Gesellschafter- und Delegiertenversammlung am 26.11.2024 abgeändert.

Die Berechtigten, die nicht Gesellschafter sind, wählen nach § 11 der Satzung alle drei Jahre in einer Berechtigtenversammlung aus ihrer Mitte bis zu 10 Delegierte.

IV. Organisation der Gesellschaft

Die VHG gliedert sich ablauforganisatorisch grundsätzlich entsprechend ihrer satzungsgemäßen Bestimmung in folgende Bereiche:

- Wahrnehmung der ihr übertragenen Rechte gegenüber den Nutzern dieser Rechte
- Treuhänderische Anlage und Verwaltung der inkassierten Beträge
- Vorbereitung und Durchführung der Verteilung der vereinnahmten Beträge an die Berechtigten

Sobald die Zulassung erfolgt ist und die Verhandlungen mit der ZPÜ zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht sind, wird eine Anlagerichtlinie für die Vermögensanlagen der VHG beschlossen.

Die Gesellschaft führte im Jahr der Gründung sowie bis zur Erteilung der Zulassung die ihr vom Gesetz vorgegebenen Aufgaben ausschließlich mit einem Geschäftsführer aus.

G. Abhängige Verwertungseinrichtungen

Die VHG ist vor dem Hintergrund des Gründungs- und Zulassungsprozesses bisher an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.

H. Vergütung der Organe

Der Gesamtbetrag der im Vorjahr an die in Artikel 9 Abs. 3 und Artikel 10 der VG-Richtlinie gezahlten Vergütungen und anderen Leistungen, die sie enthalten haben, belief sich im Vorjahr auf 59.729,13 €.

Die ehrenamtlich tätigen Beiräte und Delegierten sowie Vertreter des Gesellschafters haben im Geschäftsjahr keine Vergütung erhalten.

I. Finanzinformationen

I. Einnahmen aus der Rechtewahrnehmung

Bezugnehmend auf den Gründungsprozess sowie das Zulassungsverfahren wurden noch keine Einnahmen aus der Rechtewahrnehmung erzielt.

II. Kosten der Rechtewahrnehmung

Bezugnehmend auf den Gründungsprozess sowie das Zulassungsverfahren sind noch keine Kosten aus der Rechtewahrnehmung angefallen.

III. Den Berechtigten zustehende Beträge

Bezugnehmend auf den Gründungsprozess sowie das Zulassungsverfahren sind ebenfalls noch keine den Berechtigten zustehenden Beträge angefallen.

IV. Beziehung zu anderen Verwertungsgesellschaften

Abschließend bestehen bezugnehmend auf den Gründungsprozess sowie das Zulassungsverfahren noch keine Beziehung zu anderen Verwertungsgesellschaften.

J. Förderung sozialer und kultureller Zwecke

Nach § 32 VGG soll die Gesellschaft kulturell bedeutende Werke und Leistungen fördern sowie Vorsorge- und Unterstützungseinrichtungen für ihre Berechtigten einrichten.

Sobald der Zulassungsprozess sowie die Verhandlungen mit der ZPÜ abgeschlossen sind, kann die Gesellschaft auf Grundlage der Einnahmen entscheiden, ob sie von dieser Möglichkeit Gebrauch macht. kann auf dieser.

Finanzinformationen nach Nummer 1 Buchstabe g und Nummer 1 Buchstabe h der Anlage zum VGG lagen mithin (vgl. Abs. I und J) nicht vor. Eine prüferische Durchsicht durch einen Abschlussprüfer gemäß § 58 (3) VGG wurde entsprechend nicht vorgenommen.